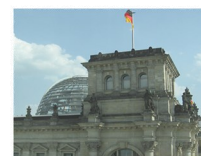




Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

24. Februar 2015

Liebe Leserin, lieber Leser,

ich hoffe, es geht Ihnen gut! Eines muss man dem Klimawandel ja lassen: So ein bisschen Frühling im Februar schenkt dem müden Wintergemüt doch gleich neue Energie :-). Ich war viel unterwegs in den letzten Wochen - in München, Passau, Fulda, Düsseldorf und selbstverständlich auch im Wahlkreis. Da tut das ruhige Sitzen in Berlin während der Sitzungswoche ganz gut.

+++ Veranstaltungstipp +++

Frauenkleider- Flohmarkt

Das Café des gemeinnützigen Vereins „Menschenskinder“ verwandelt sich am 28. Februar in ein **Flohmarktcafé** und lädt alle Interessierten zum Stöbern ein: **Angeboten wird neben Frauenmode alles von der Sohle bis zum Kopfschmuck und sonstigem Zubehör.**

Auch für das leibliche Wohl wird gesorgt: Es gibt Kaffee und leckeren Kuchen.

Los geht es ab 15 Uhr in der Siemensstraße 3A. Zahlreiche Besucherinnen und Besucher sind erwünscht! Mehr Informationen [hier](#).

Und das, obwohl die Woche „heiß“ anfing. **Im Willy-Brandt-Haus hatte die SPD zu der Konferenz „Transatlantischer Freihandel - Chancen und Risiken“ geladen.** Auf dem Podium diskutierten unter anderem die EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström, der Vorsitzende des Handelsausschusses im Europaparlament, Bernd Lange, und Wirtschaftsminister und Parteivorsitzender Sigmar Gabriel zu dem umstrittenen Freihandelsabkommen mit den USA, TTIP. Zuschauer konnten ihre Fragen auch über das Internet stellen, sie wurden „live“ beantwortet. Insgesamt ergab sich in der Diskussion von Befürwortern und Kritikern ein buntes Bild des Für und Wider des TTIP-Abkommens. **Eine gute Nachricht gab es: Cecilia Malmström signalisierte ihre Unterstützung für ein Reformpapier von sechs sozialdemokratischen Regierungschefs und Parteivorsitzenden. Diese verständigten sich letzten Samstag in Madrid darauf, die umstrittenen Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS) sowohl für CETA als auch für TTIP zu modernisieren und transparenter zu gestalten.** Wesentliche Neuerungen sollten die Einrichtung einer Berufungsmöglichkeit sowie die Schaffung eines festen Pools von Berufsrichtern und Wissenschaftlern sein, aus dem die Schiedsrichter für künftige Verfahren gestellt werden. Damit wären Anwälte, die potenziell in Interessenkonflikte mit den Interessen von Mandanten in anderen Verfahren geraten könnten, als Schiedsrichter ausgeschlossen. Weitere Infos zu der Resolution finden Sie [hier](#). Einen Bericht zu der Konferenz finden Sie [hier](#).

Viel Spaß beim Lesen und eine gute Woche wünscht

Euse / Ihre Brigitte Zypries



+++ Ausstellung +++

„Ich-AG“, „Döner-Morde“, „Opfer-Abo“ - das Unwort des Jahres ist zu einem festen alljährlichen Ritual geworden, um sprachliche und gesellschaftliche Fehlentwicklung aufzudecken.

Das Unwort 2014 - Lügenpresse - steht im Fokus der diesjährigen Unwort-Ausstellung. Der Begriff, geprägt durch Propaganda im 1. Weltkrieg und im Nationalsozialismus, tauchte mit PEGIDA im vergangenen Jahr wieder auf.

Acht Darmstädter Fotografen haben diese „pauschale Diffamierung unabhängiger Medien“ nun visuell interpretiert. Das Ergebnis können Sie in der Galerie Kurzweil (Bismarckstraße 133, Ecke Kirschenallee) von Do, 26.02. (Vernissage: 19 Uhr) bis So, 01.03., täglich von 12 bis 18 Uhr, betrachten. Der Eintritt ist frei. Mehr Infos gibt es [hier](#).

Kleinanlegerschutzgesetz - mehr Durchblick für Verbraucher

Es ist jetzt gut ein Jahr her, Sie erinnern sich - dass der Windradbetreiber PROKON finanziell ins Wanken geriet und Insolvenzantrag stellte. Das Konzept von PROKON war gut - die Anleger investierten in Windenergie und unterstützten so die Energiewende. Gleichzeitig bekamen sie gute Renditen. Doch dann zogen die Anleger reihenweise ihre Investitionen zurück, was letztlich zur Pleite des Unternehmens führte. Schuld war ein schlechter Informationsfluss - teilweise befeuert durch übertriebene Presseberichte („Schneeballsystem“), überwiegend jedoch durch schlechte Kommunikation und Intransparenz von PROKON selbst.

Um Verbraucher besser vor solchen Ausfällen zu schützen - im Falle von PROKON waren vor allem private Kleinanleger betroffen - , hat die Bundesregierung das neue **Kleinanlegerschutzgesetz** entworfen, das am Freitag im Bundestag in erster Lesung debattiert wird. In dem Gesetzentwurf sind zahlreiche Maßnahmen vorgesehen, die es Verbraucherinnen und Verbrauchern erleichtern sollen, Seriosität und Erfolgsaussichten von Vermögensanlagen besser einschätzen zu können. Konkrete Maßnahmen sind:

- **Erweiterung der sog. Prospektpflicht:** Nachrangdarlehen, partiarische Darlehen, Beteiligungen - diese und andere Vermögensanlagen konnten bisher prospektfrei angeboten werden, d.h. ohne eine umfassende schriftliche Auflistung über Art und Risiken der Anlage. Dies ändert sich nun für die genannten Anlagen. Ausnahmen: „Crowd-Funding“-Projekte und Projekte von Genossenschaften und Kleinstkapitalgesellschaften (dazu diskutieren wir noch mit Wohnprojekten, auch in Darmstadt);
- **Werbebeschränkungen:** Werbung für Vermögensanlagen im öffentlichen Raum, z.B. in Bus und Bahn, werden verboten.
- **Neue Befugnisse der BaFin:** Die BaFin kann zum Schutze der Anleger bestimmte Finanzprodukte beschränken oder verbieten, die sie für bedenklich hält. Außerdem kann sie auf ihrer Internetseite über Maßnahmen - etwa Bußgeldbescheide auf Grundlage des Vermögensanlagegesetzes - gegen einzelne Finanzdienstleister berichten und so Verbraucher warnen.

Das neue Gesetz bringt mehr Licht in das für viele Verbraucher undurchsichtige Grau der Finanzmärkte. Trotzdem bleiben einzelne Anlagen risikoreich - davor kann auch das Gesetz nicht schützen. Deshalb gilt: Vorsicht bei der Anlageentscheidung!



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis.

Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürgernah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben.

Sie können diesen Newsletter gerne abonnieren: Entweder einfach auf meiner Website oder Sie schreiben eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zyprides@bundestag.de.

*V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin*

*Bilder:
Daniel Becker*

UN-Nachhaltigkeitsziele - neue Agenda für globale Entwicklung

2015 ist das Stichjahr für globale nachhaltige Entwicklung - denn in diesem Jahr laufen die sogenannten Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) aus, die im Jahr 2000 von den Vereinten Nationen vereinbart wurden. Mit ihrer Hilfe wurden Verbesserungen in den Entwicklungsländern erreicht. „Sustainable Development Goals“ (SDGs) heißen sie und wir diskutieren darüber am Donnerstag im Bundestag.

Ich finde es gut, dass die vorgeschlagenen 17 SDGs den durch die Millenniumsziele angestoßenen Entwicklungsprozess mit dem Fokus auf Nachhaltigkeit weiterführen und - anders als bisher - für alle Staaten gelten sollen – also nicht nur für Entwicklungsländer. Im Vordergrund steht weiterhin die vollständige Beseitigung von Armut, weitere Ziele sind der Zugang zu Wasser und Sanitäreinrichtungen, nachhaltige Konsum- und Entwicklungsmuster, sowie die Bekämpfung des Klimawandels – und dass überall in der Welt, auch vor unserer eigenen Haustür. Ich begrüße zudem sehr, dass die Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern und die Selbstbestimmung von Frauen und Mädchen auch als Ziele verankert wurden. Diese Ziele sind zwar „nur“ Empfehlungen an die Regierungen und können keinen Gesetzescharakter erlangen. Sie machen vorhandenen, aber auch fehlenden Fortschritt in der Entwicklung allerdings weltweit messbar und sind daher ein sehr solides politisches Instrument.

Wie Nachhaltigkeit in Deutschland gelebt werden kann - dazu hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) die Zukunftscharta „Eine Welt, unsere Verantwortung“ entworfen, die konkrete Handlungsbedarfe ausweist. Sie ist von dem Gedanken getragen, dass sich Entwicklungspolitik durch alle Politikfelder und alle Lebensbereiche zieht. Das bedeutet auch: Wir alle können einen Beitrag leisten, im Großen, wie auch im Kleinen. Ich freue mich sehr darüber, dass die Menschen in unserer Stadt und in unserem Landkreis in Bezug auf das Thema Nachhaltigkeit sehr engagiert sind, sei es im „Repair-Café“, das bei Reparaturen aller Art behilflich ist, bei zahlreichen Tafeln oder Warenkörben, wo bedürftige Menschen mit Lebensmitteln versorgt werden oder in einer der vielen weiteren tollen ehrenamtlichen Initiativen, die verwerten, weitergeben und vermitteln – ganz nach dem Motto „Global denken, lokal handeln“. Eine gute Sache!